

Deutschland.

Berlin, 12. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Sec. v. D. Prof. Dr. und Geschichtswissenschaftler Philipp Veit zu Mainz, in Folge seiner Verleihung auf den Ehrenfeld, zum Ehren-Senior des eisernen Kreuzes zweiter Klasse ernannt.

Se. Maj. der König hat den Kammergerichts-Rath Krüger zum Geh. Justiz-Rath und Vortragenden Rath im Justiz-Ministerium, sowie die Kreisrichter Simons in Dortmund, Florbach in Jserlohn, Rintelen in Schwelm, Caspari in Emmerich, v. Knapach in Hamm und Wittweg in Essen zu Kreisgerichts-Räthen; desgleichen die Regierungs-Ärztinnen: Ober-Steuers-Inspector Geißel in Koblenz, Löwe in Stettin, Ober-Jollinspector Gutsch in Wittenberge und Groß in Berlin zu Regierungs-Räthen ernannt. Der Regierungs-Ärztin Wacker ist zum beizugeordneten Commissarius für Preußen und die norddeutschen Staaten bei der Pariser Ausstellung ernannt worden.

Berlin, 12. April. [Se. Majestät der König] empfingen heute um 11 Uhr den kais. russischen General der Cavallerie, General-Adjutanten Sr. Maj. des Kaisers Baron v. Buddberg und nahmen um 11 Uhr im Beisein des Gouverneurs und Commandanten von Berlin die militärischen Meldungen entgegen.

Hierauf empfingen Se. Majestät eine Deputation der Pignitz-Wohlauer Fürstenthums-Landschaft, welche hier eingetroffen, um Allerhöchstselben die Bitte vorzutragen, zum 5. Juni bei Gelegenheit der Anwesenheit Sr. Majestät in Pignitz ein ständisches Ballfest annehmen zu wollen.

Se. Majestät geruhten, falls es die Zeitverhältnisse erlaubten, Allerhöchstselben Erscheinen zuzusagen.

Am 12. April nahmen Se. Majestät den Vortrag des General-Intendanten der kais. Schauspiele v. Hülsen, sowie um 1/4 Uhr den des Ministers des kais. Hauses entgegen und arbeiteten später mit dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck.

[Se. k. h. der Kronprinz] empfing gestern den Cabinets-Secretär Sr. Durchlaucht des Fürsten von Rumänien, Hofrath Friedländer, und wohnte der militär-ärztlichen Konferenz im Kriegsministerium bei. — Se. Durchlaucht der Fürst von Romänien stattete einen Besuch im kaiserlichen Palais ab. Abends wohnten die höchsten Herrschaften der Vorstellung im Wallner-Theater bei.

— Berlin, 12. April. [Die Stimmung.] Die Bundesregierungen. — Die Fractionen des Reichstages. — [Baz.] Die Mehrzahl der Nachrichten, welche über die hiesige Stimmung verbreitet werden, macht den Eindruck, als ob man hier im Publikum den Krieg lebhaft wünsche und in militärischen Kreisen namentlich schon sich voller Siegesgewissheit überlasse. So wenig wie im vergangenen Jahre trifft man in diesem bei unseren Soldaten jene Ueberhebung, durch welche die Oesterreicher sich so große Blößen gegeben haben. Ebenso ist mit aller Bestimmtheit zu melden, daß die Regierung den Krieg nicht sucht und ihn vermeiden wird, so lange es Ehre und Ansehen Deutschlands und Preußens gestattet. In dieser Beziehung wird man wohl den Ueberhebungen Frankreichs gegenüber jene Ruhe und Mäßigung ferner bewahren, welche man bei dem Friedensschluß nach dem letzten Kriege an den Tag gelegt hat. Daß über die Luxemburger Frage Unterhandlungen bevorstehen, ist ja bereits erklärt worden, aber es scheint, daß man sich hier der Hoffnung hingibt, durch diese die Frage zu einem allseitig befriedigenden Austrage bringen zu können. Es wird übrigens zugegeben, daß Se. Majestät der König die Absicht hatte, während der Ausstellung nach Paris zu reisen und dort auch mit dem Kaiser von Rußland zusammenzutreffen; ob dieser Plan noch jetzt festgehalten wird, wie man von einigen Seiten behauptet, muß freilich sehr dahingestellt bleiben. — Jedenfalls wird die ganze Situation vor Allem den Zweck haben, das Zustandekommen des norddeutschen Bundes zu beschleunigen. — Wie es hieß, wären die Verhandlungen der Bundescommissare rasch abgewickelt worden. Der kais. sächsische Staatsminister v. Friesen wollte schon gestern nach Dresden zurückreisen, zur Schlussberatung jedoch wieder in Berlin eintreffen. Im Großen und Ganzen werden die Vermuthungen über die von den Regierungen einzunehmende Position wohl richtig sein; möglicherweise indessen sind durch die bereits erwähnten Unterhandlungen mit den Fractionen mancherlei Aufschlüsse so wichtiger Art gegeben und so aufgefaßt worden, daß der Widerstand gegen die neuesten Vorschläge der Regierungen gemildert werden möchte. Die Fractionen werden sich wohl vor Sonntag nicht schlüssig machen. — Die Fraction der National-Liberalen veranstaltet am Montag Abend ein Abschiedsfestmahl, auch die übrigen Fractionen werden ähnliche Veranstaltungen treffen. Der feierliche Reichstagschluß möchte doch wohl erst am Donnerstag zu erwarten sein, zumal wenn sich die Schlussberatung länger hinzieht; schon ist beschlossen, eventuell am Dienstag wenigstens auch eine Abendigung abzuhalten. — Der im kaiserlichen Palais seit dem letzten Montag eröffnete und morgen endende Bazar zum Besten der Victoria-Invalidenstiftung zieht täglich einige tausend Besucher herbei, die sich in den Sälen oft so anammeln, daß die Circulation halbe Stunden lang gehemmt ist. Der Kronprinz unterhält sich in der liebenswürdigsten Weise mit vielen Anwesenden und die Frau Kronprinzessin, umgeben von ihren ältesten Kindern leitet persönlich den Verkauf von Kunstgegenständen. Den zu erzielenden Ertrag schätzt man bereits auf 50,000 Thaler.

[Dementi.] Das von der „Danz. Ztg.“ aufgebraachte Gerücht, es werde in Warschau von geheimen Vorbereitungen gesprochen, die Hälfte des Königreichs Polen dießseits der Weichsel an Preußen zu übergeben, entbehrt natürlich allen inneren Grundes und scheint, wie ähnliche Gerüchte, nur erfunden und verbreitet, um die öffentliche Meinung in Frankreich noch mehr aufzuregen, als ob Preußen auf eine weitere Vergrößerung nach der polnischen Seite hin ausgehe. Preußen hat nicht das mindeste Interesse daran, sich mit polnischen Territorien zu vergrößern, wodurch seine nationale Aufgabe in Deutschland nur gehemmt werden würde.

[Das Staatsministerium] trat heute abermals in einer Sitzung zusammen.

[Die Bundesbevollmächtigten] haben gestern Nachmittag von 3 Uhr ab ihre Beratungen über die vom Reichstage gefassten Beschlüsse fortgesetzt. Das Gerücht geht, die Regierungen würden in der Diäten-Frage so weit nachgeben, daß hierüber gar nichts in der Verfassung gesagt, also Art. 29 ganz gestrichen und diese Materie einem später zu vereinbarenden Gesetze vorbehalten werde. Dies wäre ein Aufschubspunkt für diejenigen Mitglieder des Reichstages, welche in der Vorberatung für die Bewilligung von Diäten gestimmt hatten, nachdem ihnen durch den Schluß der Discussion die Gelegenheit genommen worden war, sich dahin auszusprechen, daß es bei der Diätenlosigkeit vorläufig und bis zur Regelung dieser Frage durch ein Gesetz verbleiben solle. —

Was das Bundeskriegswesen angeht, so würde, erzählt man, die Regierung sich das Moltke'sche Amendement aneignen, aber auch die 7jährige Uebergangsperiode sich gefallen lassen. Uebrigens haben selbst conservative Abgeordnete den horror vacui nicht, welchen der Kriegsminister bei der Annahme der Forderungen Amendements zu erkennen gab.

[Die Fraction der Linken] ward in einer heute abgehaltenen Sitzung dahin schlüssig, ihre in der Vorberatung abgelehnten Amendements in Betreff der Ministerverantwortlichkeit der Grundrechte und des Bundeskriegswesens bei der Schlussberatung wieder einzubringen, Mitglieder dieser Fraction beabsichtigen, außerdem Vernehmen nach, über diese Amendements namentliche Abstimmung zu beantragen für den Fall, daß die Regierung dieselben für unannehmbar erachten sollte, um im Lande zu constatiren, wer in Folge dieser Erklärung der Regierung dann abweichend von seiner ersten Abstimmung sein Votum abgegeben hat.

[Sonntagsfeier und Brantwein-Brennen.] Aus einem Schreiben des Herrn Ministers v. Mähler an einen Rittergutsbesitzer in der Altmark geht hervor, daß der Herr Finanzminister Frhr. v. von der Heydt die königl. Provinzial-Steuer-Directoren ermächtigt hat, für Sonn- und Festtage den Anfang des Betriebs der Brantwein-Blasten um 3 Uhr Morgens fortan bei denjenigen Brennereien zu gestatten, nach deren Einrichtung die Destillation alsdann bis zum Beginn des öffentlichen Gottesdienstes beendet sein kann. Damit ist also dem Wunsch vieler Brennereibesitzer nachgegeben, der auch im Herrenhause bei Gelegenheit einer Petition über die Sonntagsfeier zur Sprache kam und befürwortet wurde.

[Sachsen] wird für die (in Kurzem erfolgende) Uebergabe seines Postwesens an Preußen jährlich 350,000 Thlr. erhalten.

[Der hiesige französische Botschafter] hat, wie das „Mémorial diplomatique“ meldet, am 1. April dem Könige die Einladung zum Besuche der Ausstellung wiederholt.

[Die neuen sächsischen Pfandbriefe. Der „Staats-Anz.“ publizirt eine Bekanntmachung vom 27. März 1867, betreffend das Erlöschen der Garantie des eigenthümlichen Fonds der sächsischen Pfandbriefe für die neuen landständischen Pfandbriefe, folgenden Inhalts: „Im § 22 des Regulativs über die Beleihung des nach dem sächsischen Landstättengesetz vom dem landständischen Creditverbande ausgeschlossenen ländlichen Grundeigentums vom 11. Mai 1849 ist bestimmt, daß, so lange der Sicherheitsfond der neuen landständischen Pfandbriefe nicht 5 % der schwebenden Pfandbriefschuld erreicht hat, die Inhaber von neuen landständischen Pfandbriefen wegen Befriedigung ihrer Forderungen an Capital und Zinsen, auch in letzter Linie auf die eigenthümlichen Fonds der sächsischen Pfandbriefe zurückgehen befugt sind. Demnach ist in diesem § 22 verordnet: „Diese Garantie der eigenthümlichen Fonds erlischt jedoch von selbst, sobald der Sicherheitsfond zuerst auf jenen Betrag von 5 % der Schuld gebracht ist, und bleibt von diesem zu seiner Zeit öffentlich bekannt zu machenden Zeitpunkt ab das Recht der Pfandbrief-Inhaber auf die unter a. und b. bezeichneten Objecte (den Sicherheits-Fonds und die von der Landstätt für bewilligte Pfandbriefe erworbenen Hypotheken-Forderungen) eingeschränkt.“ Mit Bezug auf diese Vorschrift wird hierdurch bekannt gemacht, daß die schwebende neue Pfandbriefschuld der sächsischen Pfandbriefe zur Zeit 2,343,325 Thlr. beträgt, während der Sicherheitsfond der neuen landständischen Pfandbriefe gegenwärtig eine Höhe von 168,850 Thlrn., also von 7.2 % jener Schuld erreicht hat. Die Garantie der eigenthümlichen Fonds der sächsischen Pfandbriefe für die schwebende neue Pfandbriefschuld ist daher erloschen. Berlin, den 27. März 1867. Der Justiz-Minister. Gr. zur Lippe. Der Minister des Innern. Gr. zu Eulenburg.“

[Verfahren.] Vor der VII. Deputation des Criminalgerichts, Vorsitzender Stadtgerichtsrath Lütz, wurden gestern drei Pressproceße gegen den Redacteur des „Social-Demokrat“ v. Hoffstetten, den Redacteur v. Schweitzer und den Buchdrucker Feistel verhandelt, die sich in Folgendem substantiiren: 1) Die Nr. 12 des „Social-Demokrat“ enthielt ein von dem Angeklagten Feistel verfaßtes Gedicht: „Aschenbrödel“, welches, schon im Jahre 1865 verfaßt, bei einem Stiftungsfeste vorgetragen und in einem nicht beanstandeten Separatdruck herausgegeben war. In diesem Gedicht fand die Staatsanwaltschaft das Vergehen gegen § 100 des St.-G.-B., indem sie behauptete, daß dadurch die Armen zum Haß und Verachtung gegen die Reichen aufgehetzt worden seien; es wurden deshalb Feistel und v. Hoffstetten angeklagt. 2) Die Nr. 19 desselben Blattes enthielt einen Wahl-Aufruf, in welchem die Staatsanwaltschaft dasselbe Vergehen wie ad 1 fand und deshalb die Anklage gegen v. Hoffstetten erhob. 3) Ein gleiches Vergehen war in einem Wahl-Aufruf in Nr. 6 desselben Blattes gefunden, der von Herrn v. Schweitzer verfaßt war.

Der Staatsanwalt Mittelstadt zu 1.: Indem der Gesetzgeber davon ausgegangen sei, daß die Gegenseite in der Gesellschaft nach und nach und aus dem Wege der fortwährenden Bildung ausgegliedert werden müßten, wolle er in dem § 100 d. St.-G.-B. denjenigen Strafen, der in leidenschaftlicher Weise die Gemüther der Arbeiter aufzurege, daß der öffentliche Friede dadurch gefährdet werde. Die Geringfügigkeit der angeordneten Strafe beweise, daß diese Erregung nicht bis zur Ueberschreitung zu geben brauche, und gebe man von dieser Auffassung aus, so müsse man in dem Gedicht den Thatbestand des Vergehens gegen diesen Paragraphen finden. Dasselbe stelle den Reichen als Denjenigen dar, der auf Kosten des Arbeiters schwele, und übertreibe in jeder Beziehung die sozialen Gegensätze, um die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufzureizen. Die beiden Angeklagten hätten sich darauf berufen, daß das Gedicht im Separatdruck nicht beanstandet wäre, abgesehen aber davon, daß dieser Umstand die Strafbarkeit der Angeklagten nicht ausschließe, so sei doch § 100 des St.-G.-B. so elastischer Natur, daß er sehr wohl in einer Sache je nach den Verhältnissen oder der Richtung eines Blattes angewendet werden könne. Dadurch, daß das Gedicht in eine politische Zeitschrift, welche überhaupt häufig gegen den gedachten Paragraphen verstoße, aufgenommen sei, habe es eine ganz andere Wirkung als im Separatdruck haben können.

Angeklagter Feistel beruft sich zuerst darauf, daß ihm nach Lage der Sache bei Veröffentlichung des Gedichtes im „Social-Demokrat“ der Dolus der strafbaren Handlung nicht beigemessen haben könne und geht dann dazu über, die innere Wahrheit der Anschauungen, welche in dem allegorischen Gedichte kundgegeben sind, in mehreren Beispielen darzutun. Würde das Gedicht für strafbar erachtet, was wolle man dann mit den Bibelworten, es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelohr gehe, oder mit dem Beispiel vom reichen Manne und dem armen Lazarus machen? — Er habe die Arbeiter in dem Gedicht zur Einheit ermahnt, nicht zur Einheit, um Gewalt gegen die Reichen anzuwenden, sondern zur Einheit des Genossenschaftswesens, das von der Regierung gesetzlich anerkannt sei. Ueberhaupt habe er im Allgemeinen gesprochen, während das preussische Gesetz nur Staatsbürger im Auge habe; es gäbe aber noch keine Weltanwälte und Weltgerichtshöfe, die darüber zu urtheilen hätten. Am Schluß des Gedichtes erinnere er an die vierte Wille, an das Gebot ums tägliche Brod und man könne wahrlich nicht annehmen, daß Leute mit Haß im Herzen beten sollten.

In Beziehung auf den Wahlaufruf des Herrn v. Schweitzer legt die Staatsanwaltschaft das Hauptgewicht auf die Worte von einer „lägnerischen Civilisation“ und darauf, daß die Arbeiter zur That aufgefordert werden. — Angekl. v. Schweitzer: Der ihn betreffende Artikel sei eine Wahlagitatio und wenn der Staatsanwalt die Elasticität des § 100 des St.-G.-B. anerkannt habe, so liege gerade in den Wahlagitatioen, wo von allen Seiten Alles auf die Spitze getrieben werde, ein Argument, die Elasticität zu Gunsten der Agitation anzunehmen. Was er mit der lägnerischen Civilisation gesagt habe, sei die allgemeine Anschauung. — Der Staatsanwalt beantragte gegen v. Hoffstetten und v. Schweitzer je 50 Thlr., gegen Feistel 20 Thlr. Geldbuße und Vernichtung des incriminirten Artikels. — Der Gerichtshof dagegen erkennt in allen drei Punkten auf Freisprechung, indem er Folgendes ausführt: Der Gerichtshof betrachtet alle drei Sachen aus demselben Gesichtspunkt sozialer Fragen, die an und für sich nicht verboten seien und deren Strafbarkeit nur dann eintreten könne, wenn dazu aufgefordert

werde, mittelst Gewalt das durchzuführen, was in einer andern gefählich erlaubten Weise nicht durchgeführt werden könne. In dem Gedichte seien nur die allgemeinen Gegensätze und nicht die speciellen zwischen preussischen Staatsangehörigen geschildert und eine Aufforderung zur Gewalt in demselben nicht gefunden worden.

Die Worte von der lägnerischen Civilisation u. A. seien Ausrufen ohne jede größere Bedeutung und die Aufforderung des „zur That“ nur als eine Aufforderung zur Wahl anzusehen, die aber auch nicht strafbar sei. — Vor der Deputation wurde hierauf eine Anklage gegen den Maurermeister Brodun verhandelt, der in einer Bezirksversammlung in einer Erwiderung auf die Worte des Superintendents Freytag bei Gelegenheit der Wahl-Agitation zum norddeutschen Parlament den Nationaladvant in Frage gestellt haben sollte. — Der Verteidiger des Angekl., Rechtsanwalt Hothoff, führt aus, daß der Angekl. durchaus nicht die Absicht eines Vergehens gegen den § 101 des St.-G.-B. gehabt, der der Anklage zu Grunde gelegt sei, gehabt haben könne. — Der Gerichtshof trat indeß den Ausführungen nicht bei, sondern verurtheilte den Angekl. zu 50 Thlrn. Geldbuße. — Gegen die Nummern 895 und 899 der „Wiener Presse“ wurde auf Vernichtung erkannt.

Königsberg i. Pr., 10. April. [Landwirthschaftliches.] Der „R. N. Z.“ wird gemeldet: Mit dem 1. April ist die Akademie Baldau aufgehoben worden. Die Gebäude der Akademie sollen zu einem Schullehrer-Seminar benutzt und dabei Verfüge gemacht werden, die jungen Lehrer zum landwirthschaftlichen Unterrichte vorzubereiten. Gegenwärtig circulirt bei den landwirthschaftlichen Centralvereins-Vorständen eine von der Centralstelle angeregte Petition an den Cultusminister, die Universität Königsberg mit einem landwirthschaftlichen Institut zu versehen, wie es sich in Halle bewährt.

Danzig, 11. April. [Marine.] Sr. Maj. Schrauben-Corvette „Arcona“ ist heute auf der Rheide zu Neufahrwasser angekommen.

Magdeburg, 11. April. [Vereidigung.] Gestern Vormittag fand die Vereidigung der ersten schleswig-holsteinischen Rekruten, welche den hier garnisontirenden Truppentheilen zugewiesen worden sind, nach vorangegangenen Gottesdienste in der hiesigen Domkirche statt.

Kreuznach, 8. April. [Der kaiserliche Prinz.] Der „Rhein. Kur.“ vernimmt, daß der „Drachenhof“ für den Kronprinzen von Frankreich gemietet wurde. Der Prinz soll schon bei Beginn der Saison erwartet werden.

Luxemburg, 7. April. [Ueber das Treiben französischer Agenten] enthält die „Trierische Ztg.“ folgende Correspondenz: „Wir leben wieder mit neuen Hoffnungen auf. Die letzten politischen Nachrichten deuten auf Einstellung der Verhandlungen über die Abtretung Luxemburgs an Frankreich. Die kommende Zeit wird eben benutzt werden, die luxemburgischen Gemüther so viel als möglich Deutschland zu entfremden und die Sympathien zu ihm zu untergraben. So suchen jetzt Aufwiegler, welche wohl keine Luxemburger sein können, das gute Einvernehmen zwischen Bürgerchaft und Garnison durch schändliche Umtriebe zu zerstören. Es ist bekannt, daß letzthin ein Aufruf geschah, „vive la France“ zu schreien. Das Papier, der Styl und Orthographie der Schrift deuten auf Ignoranz und Mangel aller Schulbildung. Eine Schildwache wurde mit Steinen geworfen. Die ganze Bürgerchaft hat diese Thaten mit Entrüstung vernommen; die Stadtbehörde hat strenge Maßregeln getroffen, die Urheber zu entdecken. Die Garnison selbst ist vernünftig genug, die Bürgerchaft nicht als solidarisch mit solchen Gemeinheiten anzusehen, und doch vermögen sie zu Maßregeln Veranlassung zu geben, die zu traurigen Ausfällen führen können. In einigen Zeitungen ist von diesem Vubenstreich gesprochen worden; wir hoffen, es wird im übrigen Deutschland nicht als die Kundgebung der öffentlichen Meinung angesehen werden. Es ist aber nicht zu leugnen, daß sich viele Fremde (Franzosen) im Lande umhertreiben, theils Bagabunden, theils angelegene und geachtete Männer. Einer der letzteren, von welchem bereits der „T. Z.“ berichtet ward, ein Herr de Boigne, erschien in Luxemburg und zeigte in mehreren Orten einen Brief, auf dem der Stempel des „Ministre de l'interieur“ gedruckt war, verfaßte die Unterschrift und erklärte, er habe die Abtretungs-Urkunde in Paris auf dem Ministerium gesehen, in duplo unterschrieben, sowie das Antwortschreiben des Kaisers der Franzosen an den König der Niederlande. Ein Anderer — Herr Z. — durchstreift das Land, behauptet, daß er von dem Kaiser eine officielle Mission habe, die Stimmung des Landes über die bevorstehende Abtretung zu erforschen. Er zeigte sogar öffentlichen Beamten den Bericht, welchen er dem Kaiser abgefaßt habe, wonach 1/2 des Landes für Frankreich, 1/2 für Preußen sich erklärten. Dann sagten andere Herren, welche mit der Eisenbahn-Verwaltung in Paris in sehr nahen Beziehungen stehen: der Abtretungs-Akt werde „morgen“ im „Moniteur“ publicirt. Auf diese Weise wurde die Bevölkerung eingeschüchert. Merkwürdiger Weise glaubten die Meisten diese Lügen; die Regierung selbst wagte anfangs nicht, dem Schwindel entgegenzutreten. Hätte die Polizei ihre Pflicht gethan, so hätte man die Herren, groß und klein, in's Gefängniß oder über die Grenze geführt. Die Hüttenherren vereinigten sich und die Meisten fanden keinen anderen Vorschlag zur Wahrung ihrer Existenz, als sich an den französischen Kaiser zu wenden und dort um Schonung ihrer Interessen zu bitten. So sicher war Jeder, daß keine Rettung mehr wäre. Einige Männer verzweifelten nicht, fanden aber keine Unterstützung bei der Muthlosigkeit der Mehrzahl. Jetzt zieht Mancher die Faust aus der Tasche; aber ein klägliches Bild haben diese 14 Tage doch abgegeben. Ob es gelingen wird, die Einflußreicher und Besseren zu einem gemeinschaftlichen Zwecke zu gewinnen, wird sich bald zeigen.“

München, 10. April. [Zu der mehrerwähnten Erklärung unserer Abgeordneten] in der Luxemburger Frage, welche jetzt schon von mehr als zwei Dritteln der Abgeordneten unterzeichnet ist, bemerkt die offizielle „Valer. Z.“:

„Die Uebereinstimmung der Ansichten von Vertretern der verschiedenen Parteien unserer Abgeordneten-Kammer in dieser Angelegenheit ist geeignet, den Patrioten mit hoher Befriedigung zu erfüllen und wird gewiß im ganzen Lande den freudigsten Widerhall finden.“

Oesterreich.

Prag, 11. April. [Der König von Preußen.] Einem Telegramm aus Karlsbad zufolge ist die Ankunft des Königs von Preußen daselbst für Ende April angekündigt.

Frankreich.

* Paris, 10. April. [Zur Luxemburger Frage.] Der bereits telegraphisch signalisirte Artikel des „Abend-Moniteurs“ über die Luxemburger Frage und die Erklärung, welche dieserhalb der französische Minister des Aeußern den Kammern gebracht hat, lautet wörtlich wie folgt:

Die in- und ausländische Presse hat seit einiger Zeit wegen des Großherzogthums Luxemburg falsche Nachrichten und Behauptungen gebracht. Die Regierung hat es für nöthig erachtet, durch eine amtliche Mittheilung die Thatsachen in ihrer Wahrheit wieder herzustellen und damit die öffent-

